

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dornbrats-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Widerstand gegen das Volksbegehren.

Amtsvorsteher Ostelbiens handeln wider das Gesetz.

Der Versuch deutschnationaler Guts- und Gemeindevorsteher, das Volksbegehren zu sabotieren, nimmt immer großartigere Formen an. Aus Ostpreußen wird uns gemeldet, daß dort bisher mehr als 100 Amtsvorsteher die Annahme der Einzeichnungslisten verweigert haben.

Charakteristisch für die Geistesverfassung mancher ostelbischer Amtsvorsteher ist das nachstehende, beim Parteivorstand eingelaufene Schriftstück:

Henkenshagen, den 23. Februar 1926.
Kreis Regenwalde.

An die Geschäftsstelle der Sozialdemokratischen Partei Berlin.

Aufrichtig bedauere ich, Ihrem „Ersuchen“ nicht Folge leisten zu können, da die Berechtigte Sozial-kommunistische Partei Deutschlands noch nicht zu den mir vorgelegten Behörden zählt.

Die Eintragsliste anbei.

J. A. gez. Friedbernow,
Gutsvorstand.

Nachdem inzwischen die Rundverfügung des Ministers des Innern hinausgegangen ist, wird ja wohl auch noch in Ostpreußen und Pommern den widerspenstigen Gemeinde- und Gutsvorstehern begreiflich gemacht werden, daß die Annahme und Auslegung der Eintragslisten ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist. Man sollte freilich schon ohne eine besondere ministerielle Anweisung erwarten, daß Gemeindevorsteher die Gesetze kennen. Besonders dem Herrn aus Henkenshagen, der in so schnoddriger Art versichert, daß die „Sozial-kommunistische“ Partei nicht zu seinen Vorgesetzten gehöre, würde es nicht schaden, wenn er einen Blick in das Gesetz hätte, bevor er seinen Ablehnungsbrief schreibt. Noch viel mehr gilt das für den „Verband preussischer Landgemeinden“ im Kreise Jęży, dessen anmaßendes Rundschreiben wir gestern zum Ausdruck brachten. Würden sie in das Gesetzbuch gucken, so würden sie im Reichsgesetz über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 unter § 34 folgende Bestimmung finden:

„Die Gemeindebehörden müssen den Eintragungsberechtigten während der Eintragsfrist Gelegenheit geben, sich in die vorchriftsmäßigen Eintragslisten, die ihnen von den Antragstellern übergeben werden, eigenhändig einzutragen. Erklärt ein Eintragungsberechtigter, daß er nicht schreiben kann, so wird seine Unterschrift durch die Feststellung dieser Erklärung ersetzt.“

Und in der Reichsabstimmungsordnung vom 1. Dezember 1921 heißt es im § 78:

„Die Vordrucke für die Eintragslisten sind von den Antragstellern oder ihren Beauftragten den Gemeindebehörden zu übergeben. Ueber den Eingang der Vordrucke ist dem Einleiter auf Antrag eine gemeindebehördliche Bescheinigung zu erteilen.“

Die Reichsabstimmungsordnung legt den Gemeindebehörden, also auch den Gutsvorstehern, sogar noch weitere Pflichten auf. Im § 79 heißt es:

„Unverzüglich nach Eingang der Vordrucke hat die Gemeindebehörde in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo, an welchen Tagen und zu welchen Tagesstunden die Unterschriften während der Eintragsfrist in die Eintragslisten abgegeben werden können. Die Bekanntmachung unterbleibt, wenn der Eingang der Eintragsliste so spät erfolgt, daß nach den örtlichen Verhältnissen ein Erfolg von der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr zu erwarten ist. Die Eintragungstage und Eintragungstunden sind so zu legen, daß alle Eintragsberechtigten der Gemeinde die Möglichkeit haben, innerhalb der Eintragsfrist sich in die Listen einzutragen.“

Man sollte meinen, daß diese Bestimmungen des Gesetzes außerordentlich klar und unmißverständlich sind. Amtsvorsteher und sonstige Gemeindebehörden, die die Annahme der Listen verweigern, die Listen zurückschicken oder sonst das reibungslose Abwickeln der Eintragung zu verhindern suchen, verdienen deshalb die schärfste disziplinarische Zurechtweisung durch ihre vorgesetzten Behörden (wogu wir natürlich den Landbund nicht rechnen). Möglicherweise rechnen sie damit, wenn sie sich dumm stellen und die ihnen rechtzeitig übermittelten Eintragslisten wieder zurückschicken, sie nachher sich von der ortsüblichen Bekanntmachung drücken könnten, weil dann „der Eingang der Eintragsliste so spät erfolgt sei“ (§ 79 der Reichsabstimmungsordnung), daß sie eine bequeme Ausrede haben würden.

Ueber alle Sabotageversuche solcher Art ist sofort bei den Regierungspräsidenten Beschwerde zu erheben. Es empfiehlt sich auch, das preussische Innenministerium direkt zu benachrichtigen, damit von hier aus den säumigen Gemeindevorstehern nachgeholfen werden kann. Wir hoffen, daß das umgehend und sehr nachdrücklich erfolgen wird.

Die Abfindungsverhandlungen.

Der Rechtsausschuß des Reichstags setzte heute vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) die Beratung der Anträge über die Fürstenabfindung fort.

Abg. Dr. Barth (Dnoll.) gab vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab, in der er sich namens der Deutschnationalen Partei gegen angeblich irreführende Presseberichte wehrte.

Die Verhandlung wandte sich dann der gemeinsamen Beratung der §§ 2 und 7 zu, die von den Rückwirkungen der jetzt zu fallenden Beschlüsse handelte, und zwar, in welchen Fällen, in welchen Ländern die Rückwirkungskraft ohne besonderen Beschluß erledigt sein würde.

Abg. Rosenfeld (Soz.) begründete einen Antrag, der für alle Fälle dem neuen Gesetz eine Rückwirkungskraft zu verleihen hätte. Mindestens müsse jedem Lande das Recht zustehen, eine solche neue Prüfung zu verlangen. Er bittet um Auskunft, welche Fälle die Regierung für erledigt halte.

Für die Geltendmachung des Anspruches auf Kurzarbeiterunterstützung ist notwendig, daß der Arbeitgeber dem öffentlichen Arbeitsnachweis eine Anzeige erstattet, aus der sich ergibt, daß die Voraussetzungen für die Unterstützung und ihre Höhe erfüllt sind. Untertäuscht der Arbeitgeber die Anzeige, so kann sie von der Betriebsvertretung und, soweit eine solche nicht besteht, von jedem Arbeitnehmer des Betriebes erstattet werden. Die Unterstützung beginnt mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis folgt. Es ist also notwendig, sofort Anzeige erstatten zu lassen, damit die anspruchsberechtigten Kurzarbeiter bereits bei Inkrafttreten der Anordnung am 1. März ihre Unterstützung erhalten. Das ist möglich, weil nach den Uebersichtslisten die Barzeit auch vor dem Inkrafttreten der Anordnung liegen kann.

Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung tritt am Freitag, den 26. d. M., zu einer Vollversammlung zusammen; er sollte bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck verlangen, daß die Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge im Sinne seiner Beschlüsse geändert wird.

Gegen Mussolini.

Vorschlag für Südtirol — gegen das Schuldenabkommen.

New York, 25. Februar. (IL) Zu dem Hilferuf der Tiroler bei den großen Kundgebungen in Innsbruck erklärte Senator Borah, daß die Loslösung Südtirols eine Folge der Geheimverträge sei, gegen die sich Wilson gewandt habe. Wilson sei befreit gewesen, den Abbruch von Geheimverträgen für die Zukunft unmöglich zu machen, was ihm jedoch nicht möglich gewesen sei. Borah sei wie Wilson der Ansicht, daß die Abtrennung Südtirols ein großes Unrecht der Tiroler Bevölkerung gegenüber sei. Wenn er dazu in der Lage sei, so würde er sofort Schritte ergreifen, um das den Südtirolern zugefügte Unrecht wieder gutzumachen.

Solange Mussolini sein imperialistisches Programm aufrechterhalte, könne er nicht dafür stimmen, daß die Schuldverpflichtungen Italiens mit 35 Cents für einen Dollar abgegolten würden. Italien soll sein eigenes Geld und nicht das der Amerikaner für seine imperialistischen Zwecke verbrauchen.

Die Front der Demagogen.

Reichssteuern als Handelsobjekte.

In den nächsten Tagen wird der Gesetzentwurf mit der angekündigten Senkung der Steuern veröffentlicht werden. Im Mittelpunkt dieses Programmes der Steuerermäßigungen steht die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 Proz. auf 0,6 Proz. Damit entspricht die Regierung einer Forderung, die in früherer Zeit von allen Parteien vertreten worden ist. Auch in der Erklärung der Regierungsparteien bei dem Antritt des zweiten Kabinetts Luther ist die Ermäßigung der Umsatzsteuer als der erste Schritt des Abbaus der Steuerlasten überhaupt bezeichnet worden.

Um so erstaunlicher ist es, daß die Kritik an dem Programm des neuen Finanzministers vor allen Dingen der Senkung der Umsatzsteuer gilt. Wenn die Sozialdemokratie gegen die Pläne Dr. Reinholds Bedenken geäußert hat, so nur deshalb, weil sie unter allen Umständen die Fähigkeit des Reiches und der Länder zur ausreichenden Fürsorge für die Millionen Ruhezehenden aufrechterhalten will. Können jedoch, ohne dieses Ziel zu gefährden, Steuern ermäßigt werden, dann ist selbstverständlich die Umsatzsteuer das geeignetste Objekt. Das war bisher auch die Meinung aller übrigen Parteien. In den letzten Tagen aber hat sich hierin eine auffällige Wandlung vollzogen. Sowohl vom Reichsverband der Deutschen Industrie als auch vom Reichslandbund werden mit einemmal Bedenken gegen den Abbau der Umsatzsteuer erhoben und statt dessen wird die vorzugsweise Senkung anderer Steuern verlangt. Was bedeutet diese Schwankung?

Zunächst einmal ist die Eingeständnis, daß die bisherigen Angaben über die schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer außerordentlich übertrieben sind. Gleichzeitig aber auch das Eingeständnis, daß die angeblich zu hohen Steuerlasten keine ausschlaggebende Rolle bei der Wirtschaftskrise spielen; denn würden diese beiden Gründe aufrechterhalten werden, dann müßte man ja froh sein, daß die schwere Last von der Wirtschaft genommen und die Wirtschaftskrise erheblich erleichtert würde. In Wirklichkeit denken die Unternehmer stets weniger an die Wirtschaft als an ihren Profit. Daher haben sie gar nichts gegen die Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer einzuwenden, zumal sie auf eine Senkung der Einkommen- und Vermögenssteuer hoffen.

Diesen Zusammenhang erkennt man ganz deutlich, wenn man sich die Wirkung der Senkung der Umsatzsteuer vorstellt. Für die gesamte deutsche Wirtschaft bedeutet die Senkung der Umsatzsteuer von 1 Proz. auf 0,6 Proz. eine Ersparnis von rund 400 Millionen Mark jährlich. Es ist auch möglich, daß infolge der hohen Schutzzölle und der großen Macht der Kartelle dadurch keine Ermäßigung der Preise eintritt, so daß Produzenten und Händler den Gewinn in die eigene Tasche stecken können. Auf die Dauer aber werden sie diesen Vorteil nicht behalten. Bei freier Konkurrenz müssen die Warenpreise um den Betrag der Steuererleichterung sinken. Bei der Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer wäre es natürlich umgekehrt. Da sie nach dem Willen des Gesetzgebers abgemäßigt werden soll, werden bei normalen Verhältnissen mindestens die großen Erzeuger und Händler die Abwälzbarkeit auch erreichen.

An diese Zeit denkt das Unternehmertum jetzt bereits. Es schätzt infolgedessen den augenblicklichen Vorteil durch die Senkung der Umsatzsteuer geringer ein als den großen dauernden Nachteil. Diesen dauernden Nachteil sieht man in der Tatsache, daß, wenn die Umsatzsteuer gesenkt wird, ein Abbau der Besitzsteuern schwer möglich ist. Man rechnet aber auch damit, daß eine spätere Wiederheraussetzung der Umsatzsteuer schwer möglich und deshalb unwahrscheinlich ist und man fürchtet schließlich, daß mit steigenden Reparationslasten und steigender Finanznot sogar eine weitere Anspannung der Besitzsteuern erforderlich wird.

Die gleichen Unternehmer und Parteien also, die bisher die Umsatzsteuer mitverantwortlich machten für die hohen Preise, die Konkurrenzunfähigkeit Deutschlands und dadurch für die Wirtschaftskrise, suchen jetzt die Ermäßigung der Umsatzsteuer zu vereiteln. Die Träger dieser Anschauung sitzen sowohl bei den Deutschnationalen als auch bei der Deutschen Volkspartei. Selbst im Zentrum scheinen solche Einflüsse wirksam zu sein. Daher begegnet man in all diesen Parteien dem neuen Finanzminister mit Mißtrauen und Abneigung. Man wünscht von ihm, daß er Steuererleichterungen lediglich bei der Besitzbesteuerung eintreten lasse.

Die Front der Demagogen aber reicht über die Regierungsparteien hinaus. Die Deutschnationalen, die das Steuerabbauprogramm für gefährlich und undurchführbar halten, haben gleichzeitig Anträge gestellt, die der Reichskasse eine weitere halbe Milliarde entziehen wollen. Noch ihrer Logik ist Steuerentlastung um eine halbe Milliarde verwerflich, um eine ganze Milliarde aber verdienstlich! Sie gefallen sich also in der gleichen plumpen Demagogie wie bei der Aufwertung. Trotzdem darf man die Gefahr, die mit ihren Anträgen verbunden ist, nicht unterschätzen, da die Instänke, die mit ihnen gewekelt werden, zum mindesten in der Deutschen Volkspartei auf starken Widerhall rechnen können.

Natürlich fehlen auch die Kommunisten in diesem Reigen nicht. Sie haben etwa anderthalb Duzend Anträge vorgelegt, deren Erfüllung mit absoluter Sicherheit in kürzester Frist in eine neue Inflation und in außenpolitische Verwicklungen hineinführen müßte. Sie verlangen neben der Beseitigung der Lohnsteuer auch den völligen Abbau der Umsatzsteuer sowie der verpöndeten Zölle und Verbrauchssteuern, also glatte

Verkürzte Kurzarbeiterfürsorge.

Unzureichende Durchführung der Reichstagsbeschlüsse.

Der Reichsarbeitsminister veröffentlicht in Nr. 45 des „Deutschen Reichsanzeigers“ seine Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge. Die Anordnung tritt am 1. März in Kraft und gilt bis zum 1. Mai.

Der Geltungsbereich erstreckt sich auf Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes im Sinne des § 105 b Absatz 1 der Gewerbeordnung, in denen regelmäßig mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Unter die Kurzarbeiterfürsorge fallen somit: Bergwerke, Eisminen, Aufbereitungsanstalten, Brüche und Gruben, Hüttenwerke, Fabriken und Werkstätten, Zimmerplätze und andere Bauhöfe, Werften und Ziegeleien sowie Bouten aller Art, die mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigen. Wird diese Beschäftigungszahl nicht erreicht, dann haben selbst die Kurzarbeiter dieser Betriebe keinen Anspruch auf Unterstützung; es sind weiter vollständig ausgenommen insbesondere das gesamte Verkehrsgewerbe, Handelsgewerbe und Handwerk. Damit werden über 50 Proz. aller Kurzarbeiter von der Kurzarbeiterfürsorge ausgeschlossen.

Bei den Verhandlungen im Reichstage ging man selbstverständlich davon aus, daß Anspruch auf Kurzarbeiterfürsorge alle Kurzarbeiter haben sollten. Die Vertreter der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung forderten ebenfalls die Einbeziehung aller Kurzarbeiter. Als Mindestmaß wurde von einer großen Mehrheit des Verwaltungsrates die Einbeziehung des Verkehrsgewerbes, des Handelsgewerbes und aller gewerblichen Betriebe, also auch des Handwerks, gefordert, in denen regelmäßig mindestens 5 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Selbst dieses Mindestmaß hat der Reichsarbeitsminister in seiner Anordnung unberücksichtigt gelassen.

Die Anordnung des Reichsarbeitsministers läßt vollständig unberücksichtigt die Forderung des Reichstages und des Verwaltungsrates, daß auch in den Fällen die Kurzarbeiterfürsorge zu gewähren ist, wo die Kurzarbeit sich auf alle Tage erstreckt und ein tageweises Aussehen nicht möglich ist. Das ist häufig bei den Angestellten der Fall. Unberücksichtigt blieb auch der Mehrheitsbeschuß des Verwaltungsrates, die Wartzeit von 8 auf 6 Tage herabzusetzen.

Beseitigung von drei Viertel aller Steuereinnahmen. Daß sie als Ersatz dafür eine Verschärfung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer vorschlagen, ist im Prinzip richtig, zeugt in diesem Fall aber nur von ihrer Unfähigkeit, zu rechnen. Selbst wenn man nämlich, was aus anderen Gründen völlig unmöglich ist, den ganz maßlosen kommunistischen Vorschlägen bei den Besitzteuern folgen wollte, so würde dennoch ein so großes Defizit verbleiben, daß nur noch der Rückgriff auf die Rentenpresse, also die Inflation, übrig bliebe. Eine bürgerliche Mehrheit würde natürlich vorher den Versuch unternehmen, die sozialen Ausgaben erheblich herabzusetzen. Daher sind die Anträge der Kommunisten dem Besitz völlig ungefährlich. Sie sind aber ein Schlag gegen jene notleidenden Schichten unseres Volkes, die auf eine öffentliche Fürsorge zwingend angewiesen sind. Diese ist eben nur möglich, wenn das Geld dafür vorhanden ist. Auch hier erweist sich also die kommunistische Demagogie als ein Feind der Interessen der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie wird sich durch diese Einheitsfront der Demagogen in keiner Weise beeinflussen lassen. Ihr Ziel ist die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Wahrung der Not ihrer Opfer. Von diesen Gesichtspunkten aus wird sie zu den neuen Steuerplänen Stellung nehmen.

Täglicher Schwindel.

Kommunistische Lügenfabrikation.

Die von der „Roten Fahne“ veröffentlichte Notiz „Erfurter SPD-„Arbeiter gegen Landsberg“ Nr. von 2 bis 3 Schwindel. Die vom Erfurter „Roten Echo“ veröffentlichte „Zuschrift“ ist, wie einwandfrei feststeht, kommunistische Redaktionsarbeit.

Diese Methoden, die hier an einem Beispiel festgenagelt werden, sind im übrigen bei der „Roten Fahne“ alltäglich. Ohne Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie hätte sie ja auch keine Daseinsberechtigung.

Ahlemann, Schulz und Cie.

Erklärungen aber keine Klärung.

Am Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags hat, wie schon mitgeteilt, der kommunistische Abg. Obuch ein Rundschreiben des Zentralverbandes Deutscher Landarbeiter angeführt, in dem es heißt, daß der Fremdmörder Schulz im Reichsministerium des Innern und im Polizeipräsidium aus- und eingegangen sei, wonach also nichts gegen ihn vorliegen könnte. Dazu erklärt nun die zuständige amtliche Stelle:

Der ehemalige Oberleutnant Schulz ist vor seiner Verhaftung lediglich zu einer Vernehmung auf die politische Abteilung des Polizeipräsidiums geladen worden, hat aber sonst die politische Polizei nicht besucht und es hat auch keinerlei sonstige Verbindung zwischen Schulz und dem Polizeipräsidium bestanden. Wahrscheinlich handelt es sich bei der vom Abg. Obuch zitierten Angabe um eine Renommance des Schulz gegenüber den deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Meyer.

Eine Erklärung des Reichsministeriums des Innern, ob Schulz auch mit dieser Behörde keinerlei Beziehungen gehabt hat, steht noch aus.

Auf Grund der Beschuldigungen, die der Fremdmörder Grützel-Lehder in der Schwurgerichtsverhandlung erhoben hat, war sofort ein polizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Auch die Staatsanwaltschaft war „in Ermittlungen eingetreten“. Die weiteren Ermittlungen wurden dann von Staatsanwaltschaft und Polizei gemeinsam geführt, bis die Staatsanwaltschaft die weitere Aufklärung der politischen Polizei allein überlassen hat. Das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Oberleutnant Ahlemann ist anhängig; das Ermittlungsverfahren gegen die Abg. Wulle und Kube muß bis zur Aufhebung ihrer Immunität ruhen. Auch das Erfuchen Wulle, ihn zu vernehmen, konnte nicht erfüllt werden, da ein Verzicht auf die Immunität auch nur mit Zustimmung des Parlaments möglich ist und

eine bloße Anhörung des Beschuldigten zu Mißdeutungen hätte Anlaß geben können.

Ahlemann war bereits auf den 9. Februar dieses Jahres zur polizeilichen Vernehmung vor die Abteilung Ia geladen, lehnte aber das Erscheinen mit der Begründung ab, er könne vor der Polizei nicht ausfragen, da solche Ausfragen mehrfach in tendenziöser Weise von der Lintspresse ausgenutzt worden seien, er wolle nur vor den Untersuchungsrichtern sich äußern. Am 23. Februar ist Ahlemann abermals unter Androhung der zwangsweligen Vorführung zur polizeilichen Vernehmung auf den 26. dieses Monats geladen worden.

Völkischer Krawall.

Rebentlow und Graefe niedergeschrien.

München, 25. Februar. (T.L.) Der aus der Spaltung der Rationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hervorgegangene Rationalsozialistische Volksbund hatte gestern Abend eine Volksversammlung in das Hofbräuhaus einberufen, in der die Reichstagsabgeordneten Graf Rebentlow und von Graefe sprechen sollten. Adolf Hitler hatte vorgestern in einem Aufruf seine Anhänger zum Besuch der Versammlung aufgefordert und angekündigt, daß die nationalsozialistischen Führer als Diskussionsredner auftreten würden. Tatsächlich waren auch Esser, Streicher und Hitler erschienen. Bereits vor Beginn der Versammlung kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Rationalsozialisten und Mitgliedern des Rationalsozialistischen Volksbundes, die in wüste Kausereien ausarteten. Als der Einberufer Abg. Fröhlich, die Versammlung eröffnete, erhob sich minutenlanges Lärm. Der erste Redner, Graf Rebentlow, wurde mit stürmischem Geschrei empfangen, so daß es ihm unmöglich war, das Wort zu ergreifen. Die Rationalsozialisten sangen das Hitlerlied und ließen Hitler hochleben. Hitler dankte seinen Anhängern für die ihm bereitete Ovation. Als der Lärm nicht nachließ, und eine geordnete Weiterführung der Versammlung nicht möglich schien, räumte die Polizei mit Gummiknüppeln den Saal.

München, 25. Februar. (T.L.) Wie der Polizeibericht meldet, kam es nach der Sprengung der gestrigen Versammlung des Rationalsozialistischen Volksbundes München durch die Rationalsozialisten, die sich nach der Räumung des Versammlungsorts durch die Polizei zu einem großen Teil in ein Restaurant begeben hatten zu einer Schlägerei, in der ein Mitglied des Bundes Oberland blutig geschlagen wurde.

Mecklenburgisches Schulidyll.

Leitnationalen Feinde der Volksschulen.

Aus Rostock wird uns geschrieben: Mecklenburg hatte vor der Revolution den traurigen Ruhm, in kultureller Hinsicht ein „Deutsch-Sibirien“ zu sein. Heute ist die mecklenburgische Land- und Regierung bestrebt, diesen Ruf für das Land wieder zu erwerben. Das zeigt auch ein Einblick in den Haushaltsplan des Unterrichtsministeriums für das kommende Etatsjahr 1926-27.

Auf die Volksschulen entfallen in Mecklenburg 18,5 Proz. der Gesamtausgaben des Staates, während man im Freistaat Sachsen 23 Proz. dafür rechnet. Für die höheren Schulen dagegen will der mecklenburgische Unterrichtsminister nahezu den doppelten Prozentsatz der in Sachsen dafür verausgabten Gelder auswenden. Von den bisher für ungenügende Vermittel der Arbeiterkinder angelegten Geldern macht die jetzige Rechtsregierung einen fräftigen Abstrich, indem sie diese um 36 Proz. herabsetzt. Damit die einzige Luftschule des Landes möglichst wenig von Kindern minderbemittelter Eltern besucht wird, wurde auch hier die Anzahl der Freistellen herabgesetzt (von 30 auf 20 Proz.).

Eine einzige höhere Schule darf nahezu das Doppelte an Mitteln für Schreibhilfe und Bureauarbeit auswenden wie ein Schulrat, der die fachliche Aufsicht über die Volksschulen hat und außerdem noch mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt wird. Weiter ist für die höheren Schulen ein Zuschuß von je 35 000 bis 183 000 M. vor-

gesehen, während für die neue Lehrerbildungsanstalt noch nicht ganz 34 000 M. eingestellt werden. Ja, für den sonst entschlossenen Landeshaushalt hat die Regierung sogar ganze dreihundert Mark angefordert. Es ist aber fraglich, ob selbst diese geringe Summe nicht noch eingepart wird, da im verflochtenen Rechnungsjahre die Regierung die Mitwirkung des durch Landesgesetz geschaffenen Bundeshaushalts nicht wünschte und diesen überhaupt nicht zusammenberief. Auch für die Volkshochschule hat die Landesregierung nicht viel übrig, sie will für diesen Zweck nur 3500 M. bewilligen; für die gesamten Volkshochschulen 8500 M., dagegen für die Universitätsbibliothek 30 000 M.!

Man sieht, die mecklenburgischen Junker und die von ihnen abhängige Regierung halten fest an ihrem alten Wahlspruch: Beten und Arbeiten ist für die Kinder des Volkes die einzig nützliche Beschäftigung!

Stahlhelm in Köln.

Köln, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwochabend gab der Stahlhelm in Köln seine erste Gastrolle. Trotz stärkster Propaganda war die Versammlung aber kaum von 200 Personen besucht, die sich dazu noch in der Hauptsache aus Neugierigen Mitgliedern des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes zusammensetzten. Redner war der Wogdeburger Stahlhelmführer Seidt, der mit Rücksicht auf seine Zuhörer sich in seinem Vortrage sehr vorsichtig ausdrückte. Der Stahlhelm wolle die Arbeiter und Bauern, ohne die es keine deutsche Zukunft gebe, gewinnen, gleichviel ob sie links oder rechts stünden. Der Stahlhelm, der die Frontsoldaten auf der Basis der nationalen Idee zusammenbringen wolle, sei auch nicht gegen die Form der heutigen Verfassung. Zu einer Aussprache über den Vortrag ließen es die Stahlhelmführer nicht kommen. Zum Schluß der Versammlung kam es vor dem Vokal zu leichten Plänkereien zwischen republikanischen Versammlungsteilnehmern und Anhängern der Reichsparteien.

Verhafteter Reichstagsabgeordneter.

Hamburg, 24. Februar. (T.L.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der kommunistische Reichstags- und Bürgerrechtsabgeordnete Urbahn bei dem Versuch, unter Benutzung eines falschen Passes die Ostgrenze zu überschreiten, in Egdithusen verhaftet worden. Es ist anzunehmen, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Festnahme beim Versuch der Grenzüberschreitung handelt. Eine Verhaftung ist bekanntlich ohne Beschluß des Reichstags nicht möglich, der im Falle Urbahns sogar ausdrücklich seinerzeit die Freilassung beschlossen hat.

Nicola und Hugenberg. Gegenüber der Behauptung des Genossen Scheidemann, zwischen Hugenberg und dem Oberst Nicola bestände eine enge Verbindung, versichert der „Berliner Votaleinzel“, daß zwischen ihm, dem „Votaleinzel“, und dem Oberst eine solche Verbindung nicht bestehe. Wir können diese anonyme Erklärung des „Votaleinzelers“ nicht für voll nehmen. Wenn jemand in dieser Angelegenheit etwas zu erklären hat, so ist es Herr Hugenberg persönlich.

Der Preussische Staatrat ist jetzt nach den durch die Provinziallandtage vollzogenen Neuwahlen zusammengesetzt. Während ihm bisher 77 Mitglieder angehörten, ist die Zahl seiner Mitglieder nunmehr auf 81 angewachsen. Die Sozialdemokratie hat ihren Stand behauptet, die Kommunisten haben 2 Mandate und die Rechtsparteien (Preussische Arbeitsgemeinschaft) 3 Mandate gewonnen, das Zentrum verlor 2 Sitze und die Demokraten 1 Sitz. Das jetzige Stärkeverhältnis ist folgendes: SPD, 24, KPD, 5, Zentrum 17, Demokraten 2, Preussische Arbeitsgemeinschaft 32, Welsen 1. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich konstituiert und zu Vorsitzenden die Genossen Graf, Eberle und Weinberg gewählt.

Keine Lichtvermerksaufhebung mit Belgien. In Beantwortung einer Anfrage erklärte in der belgischen Kammer der Außenminister, daß die Aufhebung der Passformalitäten und des Sichtvermerks für deutsche Reichsangehörige vorläufig noch nicht in Erwägung gezogen werde.

Verdun.

Von Hans Bauer.

Wir standen, ausgerichtet, in Reih und Glied, das Gewehr über der Schulter, den Lorbeer auf den Rücken, auf dem Schulhof der sächsischen Kleinstadt. Heut zum letztenmal. Der Major trat vor uns hin und hielt eine Ansprache. Viel Interesse brachten wir ihr nicht entgegen. Aber, als er sagte: Ihr könnt stolz sein. Ihr kommt an eine Stelle, auf die die Augen der ganzen Welt schauen, da war „Bewegung“ in unseren Reihen zu registrieren. Nun also war es heraus: Nach Verdun ging unser Transport. Es läßt sich nicht sagen, daß der von dem Major verlangte Stolz unsere Brust geschwellt hätte, aber Ergriffenheit zog in unser Herz. Verdun war unendlich vielmehr als der Name eines Kriegsschauplatzes. Es war die Konzentration des Krieges, der Eckstein moderner Weltgeschichte, der Inbegriff des deutsch-französischen Gegensatzes, die knappste Formel für einen hunderttausendjährigen Todesseufzer.

Wenige Tage später verließen wir in Pienes den Zug. Pienes: das war eines der großen Reservoirs, aus denen die Front sich immer wieder mit Menschen vollpumpt, der Bottich, aus dem die Läden gefüllt wurden, die das Granatfeuer gerissen hatte. Ich werde nie die beispiellose Melancholie vergessen, die über unsern Anfunststage in Pienes lagerte. Der Feldwebel, dem wir unterstellt wurden, war ein roher Grobian, der uns mit Schnauzworten empfing. Unsere Quartiere waren kahle, kalte, fensterlose Zimmer. Am Abend wurde ein Tagesbefehl verlesen: Der Leutnant Soundso von der soundsovielten Kompagnie des soundsovielten Regiments hat sich geweigert, an dem Sturmangriff auf die Panzerfeste Vaug teilzunehmen. Er ist kriegsrechtlich zum Tode verurteilt und heute morgen erschossen worden. Sogar die Natur war mißgestimmt. Am Himmel jagten schmutzig-graue Wolken, die von Zeit zu Zeit über diese trübselige, reizlose Kasernenhoflandschaft Regenbunnen ausschütteten. Von Verdun her aber, „dem frischen Schoß, der fortzuziehend immer tote Soldaten gebärt“, gellte der paulsenlose Schrei des Trommelfeuers. Hin und wieder scharten wir uns um einen, der von vorn kam, um auf Urlaub oder in ein Heimaturlaubzettel zu fahren. Diese Leute erzählten nur wenig. Aber sie sahen uns mit dem traurig-lächelnden Gesicht des Wissenden an. Sie waren durch alle Qualen der Hölle gegangen und verzichteten darauf, die Unfassbarkeit ihrer Erlebnisse, die Größe ihrer Erschütterungen in armselige, nichtsagende Worte zu fassen. Ein paar farge Namen warfen sie hin: Doumont, Höhe 304, Thiamont, Loter Mann... Sie hatten einen schredlichen Klang, diese Namen. Sie waren Todesfallen. Sie starrten von dem Blut der Ermordeten.

Die unentbehrliche Summe von unerglichem Herzeleid, die Verdun über Millionen von Männern dieses und jenseits der Grenzen brachte, wird heute von Militärhistorikern auf eine ebenso einfache wie nüchterne Formel gebracht. Diese lautet etwa:

Dieser Angriff war in Anlage und Ausführung verfehlt und daher von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der General von Falkenhayn hat sich halt getrennt gehabt. Die Hekatomben dürfte das nachträglich sehr interessieren.

Die Lage von Verdun, die Lage, da vor den feuerspeienden Panzerbauten und maschinengewehrbestückten Betonnestern des Caesteins der französischen Front Deutschlands beste Jagend in die Massengräber sank, die Lage, da ein französisches Bataillon, das sich eben zum Sturm vorbereitete, von einer deutschen Gaswolke überrascht und, wie es stand und ging, bis auf den letzten Rest vernichtet wurde, die Lage von Verdun führen sich zum zehnten Male.

Deutschland, soweit es nicht von der Bayerischen Volkspartei oder von den Geschäftspatrioten der Leipziger Welle regiert wird, schickt sich an, seinen Volkstrauertag zu begehen. Volkstrauertag? Rein, Volkstrauertag. Verdun gehört keinem einzelnen Volk. Es ist das Golgatha der Entzählung vom nationalistischen Irrsinn. Es ist der Blutschwur auf das neue Vaterland Europa.

Vorfrühlingswärme. Obwohl die vorwiegend trübe und regnerische Witterung nicht eigentlich frühlingshaft anmutet, erinnern die für die Jahreszeit sehr hohen Temperaturen weit eher an den Frühling als an den Winter, in dem wir uns kalendarisch noch befinden. Ueberhaupt ist, von wenigen Tagen am Schluß der ersten Monatsdekade abgesehen, der ganze Februar in Mitteleuropa viel zu warm gewesen, und es steht so gut wie fest, daß auch die noch bevorstehenden letzten Monatsstage einen beträchtlichen Wärmeüberschuß bringen werden, da auf Grund der herrschenden Wetterlage an einen nennenswerten Kälteeinbruch einstweilen nicht zu denken ist. Schon der Monat Januar war in den meisten Gegenden etwas zu warm gewesen. Und da der Dezember nur um ein geringes kälter war, als er nach langjährigem Durchschnitt sein soll, so läßt sich schon jetzt feststellen, daß auch der Winter 1925/26, vornehmlich durch den sehr milden Februar, zu den milden Wintern zu rechnen ist, wenn auch sein Wärmeüberschuß bei weitem nicht so groß ist wie der des vorigen, abnorm warmen Winters. Jedenfalls haben die mancherlei Wetterpropheten, die uns schon im vorigen Sommer und bis in den Herbst hinein einen sehr strengen Winter prophezeit hatten, gründlich daneben gehauen. Die zurzeit herrschenden Temperaturen entsprechen im Mittel den Werten, die erst zwei Monate später normal sind, und liegen vielfach um 7 bis 8 Grad über dem langjährigen Durchschnitt. Am wärmsten ist es in der klimatisch überhaupt besonders begünstigten oberrheinischen Tiefebene, wo seit Wochen fast täglich etwa 13 Grad Wärme erreicht werden. Aber auch in anderen Teilen Nord- und Süddeutschlands sind wiederholt 10 Grad Celsius überschritten worden. Da der Zustrom warmer Äquatorialluft auch weiterhin anhalten wird, so ist die Gefahr eines nochmaligen Kälteeinbruchs vorüberhand gering, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dem ungewöhnlich milden Nachwinter, der in Wahrheit schon den Charakter des Vorfrühlings trägt, auch ein zeitiger und warmer Vorfrühling folgen wird.

Die gestörte Weltreise. Im Alten Theater in Leipzig kam es Mittwoch bei der Aufführung „Des trübseligen Weinbergs“, wie bei der Erstaufführung am vorigen Sonnabend, zu Lärmereien. Es wurden unter anderem Steinhomben und laute Eier gemorren. Nach dem 2. Akt drohte Direktor Kronacher, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, wenn die Rumbegungen nicht aufhörten. Darauf trat allmählich Ruhe ein. Diese Rumbegungen sollten offenbar einem Dringlichkeitsantrag der völkischen Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung, das Stück sofort von dem Spielplan abzulegen, Nachdruck verleihen. Dieser Dringlichkeitsantrag kam aber in der Stadtverordnetensitzung nicht mehr zur Verhandlung.

Shaw gegen die Verfilmung seiner Werke. Der Filmdirektor Samuel Goldwyn hat (angeblich) Bernard Shaw vor kurzem die Kleinigkeit von 1 Million Pfund Sterling (20 Millionen Mark) für das Recht der Verfilmung von Shaws Bühnenwerken angeboten. Shaw hat jedoch diesen Vorschlag in seiner bekannten ironischen Art zurückgewiesen und dabei bemerkt, er wolle sich nicht den Markt für seine Bühnenwerke ruinieren. In Wirklichkeit dürfte er angesichts dieses fürstlichen Angebots, bei dessen Annahme er den Markt für seine Bühnenwerke gar nicht mehr nötig gehabt haben würde, wohl die Ueberzeugung gehabt haben, daß die charakteristische Wirkung seiner Schöpfungen ganz wesentlich auf dem Worte beruht. Uebrigens hat Goldwyn über seine Unterredung, die einen ganzen Tag gedauert hat, mitgeteilt, Shaw habe sehr viel mehr aus ihm herausbekommen als er aus Shaw. (Wahrscheinlich ist das Ganze eine Reklamierveranstaltung des Rister Goldwyn.)

Amerikas technisches Nationalmuseum. Der Ruhm des Münchener „Deutschen Museums“ läßt den Amerikaner keine Ruhe. Sie machen eifrig die Propaganda für den Bau eines großen Nationalmuseums für Technik und Industrie, das natürlich das „Deutsche Museum“ und das entsprechende englische „South Kensington Museum“ in jeder Beziehung weitaus übertrumpfen soll. Das Museum soll in Washington errichtet werden und sämtliche Originale der großen amerikanischen Erfindungen enthalten. Falls Industrie, Regierung und Öffentlichkeit die notwendigen 100 Millionen Dollar dafür aufbringen, sollen auch Zweigmuseen zunächst in New York errichtet werden. Uebrigens hatte Oscar von Miller, der Schöpfer des Münchener „Deutschen Museums“, anlässlich seiner letzten Reise durch Mittelamerika und die Vereinigten Staaten die Pläne für das Washingtoner Museum bereits gesehen und begutachtet.

Humboldt-Hochschule. Dr. Hedwig Michaelsohn hält Sonnabend, abends 8 Uhr, in der Aula, Dorosternstr. 12, einen Lichtbildvortrag: „Cumor, Ägypt und Satire in der Kunst Alt-Ägyptens“.

Das „Freie Volk“ in Nürnberg. Der Polizeipräsident von Nürnberg hatte den Film „Freies Volk“ für seinen Bereich verboten. Er hat sich damit in direkten Widerspruch mit der Reichsgesetzliche gestellt, die den Film zur Aufführung erlaubte. Auf die daraufhin eingeleitete Beschwerde hat der bayerische Landtag einen Ausschuß mit der Untersuchung des Falles betraut, der das Verbot sofort aufgehoben hat.

Zunahme der Einwanderung in Ostpreußen. Nach einer amtlichen Rechnung betrug die Zunahme der jährlichen Bevölkerung in Ostpreußen durch Einwanderung im letzten Jahre 31 660 Köpfe.

Macdonald gegen die Ratsvergrößerung. Für den Wechsel der nichtständigen Mitglieder.

London, 25. Februar. (W.T.B.) Macdonald sagte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Daily Herald“, eine Abänderung des Völkerbundesrates sei durchaus nichts Sahnungswürdiges. Das einzige, worum es sich gegenwärtig handele, sei, daß die Frage in keiner Weise mit dem Eintritt Deutschlands in Verbindung gebracht werden dürfe. Die Sitzung des Völkerbundesrates, in der Deutschlands Aufnahme behandelt werde, dürfe sich nicht mit anderen Fragen befassen. Im übrigen aber sei der gegenwärtige Zustand gewiß nicht normal. Es sollte in der Besetzung der zeitweiligen Ratsmitglieder eine regelmäßige Wechsel eintreten, und zwar vielleicht alle drei Jahre, damit diese nicht zum Vorrecht bestimmter Staaten würden.

Polen fehlt's an Sympathien — eine tapfere Aeußerung

Warschau, 25. Februar. (T.L.) Im „Robotnik“ veröffentlicht der Abg. Diamand einen Artikel im Zusammenhang mit dem Kampf Polens um einen Sitz im Völkerbundesrat, in der er darauf hinweist, daß Polen keine Sympathien in der zivilisierten Welt habe und unbeliebt sei, hauptsächlich deswegen, weil es seine Minderheiten sehr schlecht behandle. Polen sei mehr als jedes andere Land von der Sympathie der anderen Länder abhängig, und um diese zu erreichen, müßte Polen in erster Linie die Minderheitenfrage bei sich regeln.

Deutschland habe vor seinem Eintritt in den Völkerbund die Minderheitenfrage in Schleswig-Holstein zugunsten der dänischen Minderheit gelöst. Dagegen führe Polen eine chauvinistische Politik, die nicht nur dem Lande selbst, sondern auch der ganzen Welt Schaden bringe.

Ratsvergrößerung gegen den Geist von Locarno.

Amsterdam, 25. Februar. (W.T.B.) In einem Leitartikel zur Frage des Völkerbundesrates sagt das Organ der Sozialdemokratischen Partei, „Het Volk“, es stehe fest, daß sich die französische Bewegung hinsichtlich der Ratsgröße gegen den Geist von Locarno richte und die unverminderte Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland zum Ausdruck bringe. Niemand dürfe sich wundern, wenn Deutschland, falls der französische Pion zur Durchführung komme, seinen Ausnahmeantrag beim Völkerbund wieder zurückziehe.

Einfuhrzölle auf Goldbasis.

Der radikalsoziale Vermittlungsvorschlag.

Paris, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat noch am Mittwoch abend, nachdem 6 der eingeschriebenen Redner zu Wort gelangt und die anderen auf das Wort verzichtet hatten, die Generaldebatte über die Finanzvorsage geschlossen. Die Beratung der einzelnen Artikel beginnt heute vormittag und soll noch im Laufe des heutigen Tages wahrheitsgemäß in einer Nachsitzung zu Ende geführt werden.

Die radikalsoziale Kammerfraktion und die Senatsgruppe der demokratischen Linken haben ihre Bemerkungen über die Zahlungssteuer zu einem Kompromiß zu gelangen, im Laufe des gestrigen Tages fortgesetzt und sich auf einen Vorschlag des Senators Chapal geeinigt. Dieser schlägt zur Erhebung der durch die Ablehnung der Zahlungssteuer entstehenden Fehlbetrages die Erhebung der durch das Gesetz vom 25. Juli 1920 festgesetzten Steuer auf eingeführte Waren auf der Goldbasis vor, bei Herabsetzung der Tare dieser Steuer auf 1 Proz. Die Goldbasis soll jeden Monat nach dem Mittelkurs des Dollars festgesetzt werden. Chapal verpflichtet sich von dieser Maßnahme eine Einnahme von 1800 Millionen. Die Zahlungssteuer sollte nach den Doumergueschen Angaben 2400 Millionen einbringen.

Antifaschistische Demonstration. In Löwen kam es nach einer faschistischen Versammlung zu ernstlichen Straßenkrawallen, wobei bemerkenswerterweise die slawischen Studenten mit den organisierten Arbeitern gegen die Faschisten gemeinsame Sache machten. Die Faschisten wurden schließlich in die Flucht geschlagen. Dieser Vorfall ist ein Symptom für die einschneidende Reaktion gegen die faschistischen Proklamationen und Drohungen.

Die Herren vom Lande.

Sie kommen, sie kommen! In hellen Haufen kommen sie aus allen Himmelsrichtungen zusammen, teils per Eisenbahn, teils im eigenen Auto, nämlich die Herren Agrarier zur landwirtschaftlichen Woche.

Oder vielmehr: Sie sind schon da, zum mindesten die eifrigsten Vertreter des sogenannten Nährstandes haben bereits Berliner Boden betreten. Ich kann dies bezeugen, denn mit einem von ihnen botte ich gestern morgen ein kleines harmloses Abenteuer. Wegen eines Beiseinsens bin ich gezwungen, in der Untergrundbahn die zweite Klasse zu benutzen, und so habe ich die Ehre, neben einem unserer Gäste zu sitzen. Es ist ein ausgeprägter Landjunker, typus, frohnde Gesundheit der Kerl vom Scheitel bis zur Sohle, rotbraune Backen, ein kurzer blonder Bartansatz, helle Augen, die zum besten referenzfähigsten rollen, ein gedrungener Körper in einem sauberen Reisedreh von jener peinlichen Eleganz, die dennoch ein klein wenig überholt, wie von gestern, wirkt, die „Deutsche Tageszeitung“ in der Manteltasche. Ich meinerseits vertiefe mich in meine Zeitung und lasse an den Leitartikel des „Vorwärts“ zu studieren. Ein deutlich vernehmbarer Ruf mir zur Linken, der mich aufschauen macht: Mein Nachbar hat den Zwischenraum sichtlich erweitert und betrachtet abwechselnd mich und den „Vorwärts“ mit Blicken, die voll sind von Entsetzen, Verachtung und Grauen. Und ich errate seine Gedanken: „Auch so ein verfluchter Sozi!“ Auf der nächsten Station merke ich, daß er in Verlegenheit ist: Er weiß nicht, ob er hier umsteigen muß, er verwechselt, wie viele Fremde, — wir sind in der Nord-Südbahn —, die Station Stadtbahn mit der Station Friedrichstadt. Seine etwas unbeholfenen Fragen interessieren einige beleibte Herren sehr wenig, ich gebe ihm Auskunft. Und diesmal sieht er mich mit einem Blick ungläubigen Erstaunens an, und wieder errate ich seine Gedanken: „Ja, gibt es denn so was! Ein Sozi muß mir Auskunft geben. Ich verstehe die Welt nicht mehr.“

Landwirtschaftliche Woche! Unsere nosseidenden Volksgenossen vom flachen Lande haben angesichts der ersten Gewächse, die sie in die Reichshauptstadt geführt haben, ihre Chefredaktion sorglich zu Hause gelassen, und so stürzen sie sich denn, nachdem sie bei der großen „Heerschau“ der Landwirtschaft — welche schöne und treffende Bezeichnung! — mittels auf das „verkommenen Sündenbabel“, den „roten Wasserkopf Berlin“ gewettert und getobt haben, mit offenem Herzen und offener Börse hinein in die lockenden Strudel der Großstadt. Und in jeder zweiten Straße findet sich am Fenster von dieser oder jener Kneipe ein Riesenbild mit der tolltönenden Aufschrift: „Der Treffpunkt der Landwirtschaft!“

Es wäre interessant, festzustellen, wie viele solcher „Treffpunkte der Landwirtschaft!“ es in Berlin gibt. Ein Budiker, dessen Be-

ziehungen zu Karbau und Viehzucht einzig und allein in diesem Riesenbild bestehen, sagte zu mir: „Man muß doch die Konjunktur ausnützen. Kommt so 'ne Rote Karah mal in die Bude, denn macht sie ja einen Nordstreck. Aber der Sach ich dir: Die Leute sind gute Käse. Sie lassen doch wenigstens Vintepinte!“

Ja, Vintepinte lassen sie, denn sie haben das nötige Kleingeld dazu. Trotz aller Klagen, trotz allen Wehgeschreis! Und ungezählte Berliner denken: „Ach, wenn wir doch auch mal so nosseidend wären!“

Gegen den Fürstenraubzug. Für Volkseinsicht!

In einer überfüllten Versammlung in den Flora-Sälen in Halensee sprach am Mittwoch abend Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Kurt Rosenfeld über das Thema: Fürstenraubzug und Volkseinsicht. Die Stimmung der Versammlung war augenscheinlich sehr erregt. Immer wieder durchbrauste stürmische Zustimmung den Saal, wenn Genosse Rosenfeld die Schändlichkeit der fürstlichen Raubzüge mit der notwendigen Deutlichkeit charakterisierte. Die abgedankten Fürsten wollen von der Republik ungezählte Millionen erpressen, um sie nachher zu Antiquitäten und Spekulationen gegen den Bestand des Volkstaates auszunutzen. Ein unmürdiges Feilbieten der fürstlichen Häuser um jedes Stück Land, um Schlösser und Geld hat eingesetzt. Das ganze Volk ist durch den Krieg ruiniert. Sollen die Urheber des Unglücks in verschwenderischem Wohlstand leben? Wie steht es denn mit dem Privateigentum der deutschen Fürsten? Man braucht gar nicht davon zu reden, daß die Vorfahren der heutigen Fürstengeschlechter im Mittelalter als Raubritter durch Loischlag und Plünderung Privateigentum erwarben. Auch in der neueren Geschichte läßt sich an Dutzenden von Beispielen erhärten, wie skrupellos die Hohenzollern z. B. es verstanden haben, dem Staat ein Stück nach dem anderen für sich zu entreißen. Der Redner erinnerte hier an die Kabinetsorder Friedrich Wilhelms IV., die am 14. Januar 1842 Platon-Krojanke zum Familieneigentum der Hohenzollern erklärte, ein Objekt im Werte von 26 Millionen Mark. Genosse Rosenfeld ging dann auf andere Fälle ein. Es muß geradezu von einem legalisierten Raub der Hohenzollern gesprochen werden. In derselben Richtung liegen die Fälle Gut Dels, auf dem heute durchaus unrechtmäßig der frühere Kronprinz sitzt, und Schloß und Park Babelsberg, ein Wertbesitz von 27 Millionen Mark, den die Hohenzollern im Jahre 1882 durch Druck für den empörenden Betrag von 906 Taler und 6 Pfennigen „gekauft“ haben. Das Akademieverbot „Unter den Linden“ haben die Hohenzollern dadurch erworben, daß sie sich einfach eines Tages als Eigentümer ins Grundbuch eintragen ließen. Im Jahre 1900 hatte der preussische Staat zwei Grundstücke in diesem Viertel nötig. Er wandte sich an die Hohenzollern und diese verkauften die beiden Grundstücke, die ihnen nicht gehörten, an den rechtmäßigen Eigentümer für 13 Millionen Mark. Als der preussische Finanzminister Miquel von der Affäre hörte, protestierte er dagegen und es gab einen Skandal. Bei dem Protest blieb es, die Hohenzollern haben nie einen Pfennig zurückgezahlt. Als der Kaufmann Solig im Jahre 1819 in Vermögensverfall geriet, verkaufte er seine kostbare Bildersammlung im Werte von vielen Millionen Mark an die Hohenzollernfamilie — auf Kosten des preussischen Staates, der für die Gelder aufzukommen hatte. Herr Schack in München, der eine kostbare Kunstsammlung sein eigen nannte (Schack-Galerie), wollte gern Graf werden. Er wandte sich an die Hohenzollern und diese handelten für den Grafentitel die millionenwertige Schack'sche Sammlung ein. Der Redner behandelte sodann die schändlichen Handelsgeschäfte, die deutsche Fürsten mit ihren „Landestindern“ getrieben haben. Aus Ausland wurden deutsche Bürger verkauft, für jeden Gefangenen erhielten diese „Essen der Nation“ ihr Sündenlohn. Mit brutalem Ignorismus stellte im Jahre 1777 der Landgraf von Hessen-Kassel mit „unaussprechlichem Vergnügen“ fest, daß kaum 300 von seinen verkauften Untertanen aus der Schlacht entkommen seien. Insgesamt 530000 Morgen Land wolle die Fürsten haben. Dazu stellen sie noch ungeheure Bargeldforderungen. Dem Fürsten Michael von Rußland, der als Artillerieoffizier im Weltkrieg deutsche Dörfer tapfestschießen ließ, hat der medienbürgische Staat 5 Millionen Mark zahlen müssen. Fahnenflüchtige wurden im allgemeinen kassiert, hier jedoch hat man sie wahrhaft „fürstlich“ beschenkt. Der mittelparteiliche Abfindungsvorschlag ist unerträglich. Helfen kann nur die entschuldigungslose Entziehung der Fürsten, das unerbittliche Gericht des Volkes über seine Schmarotzer.

Der minutenlange Beifall, den der Redner fand, bewies, welche Empörung die Fürstenforderungen in den breitesten Massen hervorgerufen haben.

Der Prozeß gegen den Freiherrn v. Lühow.

Nach zweitägiger Unterbrechung wurde heute die Verhandlung in dem Sittlichkeitsprozeß gegen Dr. Freiherrn von Lühow wieder aufgenommen. Zunächst teilte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Feuser, mit, daß das Gericht im Laufe des Monats März eine Ortsbesichtigung in dem Landerziehungsheim Budow vorzunehmen beabsichtige. Bevor es zu der Vernehmung der Zeugen kam, machte die Verteidigung nochmals einen Vorstoß gegen den Sachverständigen der Anklagebehörde, San.-Rat Dr. Placzek, und beantragte erneut dessen Abnehmung wegen Befangenheit. Die Verteidiger halten es für richtig, daß der Sachverständige eine vorgefasste Meinung bewiesen habe, da er bereits durch die Gleichstellung der Fälle ladstische Handlungen vorweg nahm. Staatsanwaltschaftsrat Burczel beantragte die Ablehnung des Einspruches. Eine scharfe Auseinandersetzung rief das Eingreifen des zweiten Anklagevertreters, Assessor Deppert, hervor, der erklärte, daß von der Verteidigung offensichtlich der Verlust gemacht werde, jeden unbedeutenden Sachverständigen auszuschalten. Was gegen Dr. Placzek vorgebracht werde, entbehre jeder sachlichen Begründung. A.-L. Dr. Frey widersprach in heftiger Erregung. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burczel erklärte dagegen, daß der Eindruck, den die Eingangsworte seines Kollegen, der ihm nur zur Unterstützung beigegeben worden sei und der die Akten nicht so genau kenne wie er, nur dessen subjektive Auffassung wiedergäben. Zu einem Vorwurf gegen die Verteidigung liege es zu weniger Anlaß vor, als man noch nicht wissen könne, ob Dr. Placzek auf Grund der Beweisaufnahme sich zugunsten oder zuungunsten des Angeklagten äußern werde. Nach längerer Beratung wies das Gericht es als unbegründet zurück, daß der Angeklagte subjektives Mißtrauen gegen den Sachverständigen haben könnte. Dr. Placzek bleibt demnach weiterhin Mitglied der Sachverständigenbank.

Auch eine „Wohltäterin“.

Eine Schwindlerin, deren Vorgehen einzig dastehet, wurde jetzt endlich unschuldig gemacht. Im Juni 1924 wurden arme alte Frauen durch einen unerwarteten Besuch hoch erfreut. Bei ihnen fuhr mit einem Schimmelgespann eine fein gekleidete Dame vor, die sich als „Beauftragte des Wohlfahrtsamtes“ vorstellte und ihnen mitteilte, daß dieses Amt beschließen habe, ihnen wegen ihrer Notlage Lebensmittel aller Art und Kleidungsstücke zuzuwenden. Zu zahlen seien dafür nur die Kosten für die Ueberbringung, die im voraus erlegt werden müßten. Die armen Frauen begnügen sich so wenig mit Verbot, als neben der Wohlfahrtsdame im Wagen noch ihre „Sekretärin“ und auf dem Boden ein Koffer in Voree sah. Die Freude wandelte sich aber bald in die größte Enttäuschung. Die armen Frauen erhielten nicht nur nichts, sondern hatten für die „Transportkosten“ auch noch ihre letzten Ersparnisse geopfert. Letztlich erging es in der Folgezeit anderen Frauen. Die Zahl der Opfer stieg im Laufe der Zeit auf etwa 400. Vorgespart wurde die Gaunerin endlich gefaßt, als sie es bei einer Studentin mit einem neuen Trick versuchte. Auf der Polizeiwache wurde sie als eine 37 Jahre alte Maria Ludwig festgesetzt, die wegen

Schwindelaten schon vorbestraft ist und kaum das Gefängnis verlassen hatte, als sie mit dem Schimmelgespann auftrat. Wagen und Pferde ließ sie sich von verschiedenen Führern. Der Kutscher war ihr Geliebter. Ihre „Privatsekretärin“, die ebenfalls verhaftet wurde, war eine 27 Jahre alte Henriette Denike. Die beiden Schwindlerinnen erbeuteten soviel, daß sie flott leben und mit dem Reihgespann auch Ausflüge nach Potsdam usw. machen konnten. Die Rechnung eines Führers betrug für 8 Tage 226 Mark.

Das große L...

Diesmal haben bei der Ziehung des großen Loses ganz besonders glückliche Umstände gewaltet. Gestern nachmittag fiel der Hauptgewinn von 500000 Mark auf das Los Nr. 62099, in die Kollekte eines Lottereeinnehmers in der Boxhagener Straße, das andere in der gleichen Höhe nach der Gertraudenstraße. In beiden Fällen hat es sich um Auktionslose gehandelt, so daß für jeden der Gewinner nach dem üblichen Steuerabzug noch immer ein Betrag von 50000 M. bleibt. Nicht nur die Tatsache ist willkommen zu heißen, daß das große Los nach Berlin gefallen ist, sondern vor allem auch, daß die Glücklichen, die es plötzlich beschenkt, Leute aus dem Volke sind, denen eine reiche materielle Zuwendung in dieser Notzeit von jedermann herzlich gegönnt werden wird. Acht Arbeiterfamilien befinden sich unter den Glücklichen, unter ihnen auch ein greises Ehepaar, das arbeitslos und nahe der Verzweiflung am Rande des Elends lebte. Ein feststimmendes Schicksal widerfuhr bei dieser Losziehung auch einem Kaufmann, der tags zuvor gezwungen war, seinen Konkurs anzumelden. Nicht minder froh als er werden auch jene vier Handwerker sein, die gemeinsam ein Auktionslos spielten; jeder von ihnen ist jetzt glücklicher Besitzer von 15 625 M. geworden.

Von einem Untergrundbahnzug überfahren. Auf der Untergrundbahnstrecke Rollenderplatz — Mittenbergplatz wurde gestern gegen 8 Uhr abends der 28 Jahre alte Bautechniker Nikolaus Dienst, Köpenick, Siedlung Neubayern wohnhaft, von einem Untergrundbahnzug überfahren. In bewußtlosem Zustand wurde der Verunglückte mit einem Krankenwagen der Feuerwehr in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo er mit einer schweren Kopfverletzung kanielerlegt, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht bekannt.

Ein neuer Direktor für das Märkische Museum. Das Märkische Museum hat nun endlich einen neuen Direktor bekommen, obgleich seine offizielle Bestätigung erst noch zu erwarten ist. Dr. Walter Stengel kam vor ungefähr einem dreieinviertel Jahr ans Märkische Museum, das vorher von Dr. Otto Bniower geleitet und ausgebaut worden war. Nun erwachsen dem neuen Direktor schwierige und verwickelte Aufgaben. Nach seinem Lebensgang, der unter dem Einfluß Wölfflins und Tschubis stand, und der Daten aufweist wie Arbeiten am Hamburger Kunstgewerbemuseum, am Dresdener Stadtmuseum und am Germanischen Museum zu Nürnberg, ist zu hoffen, daß er sie meistert.

Ueber Sexualität und Kleidung und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Wohlgehaltenen der Transsexuellen spricht am Donnerstag, den 25. Februar, im Ernst-Hoedel-Saal, in den Gellen 9a, der Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft, San.-Rat Dr. August Hirschfeld, mit Lichtbildern und Demonstrationen.

Museumsführungen. Sonntag, 28. Februar, 10 Uhr vorm., finden amtl. Führungen im Neuen Museum (Dionysia), Führer Dr. A. Kossow, und im Keller-Gedde-Saal, in den Gellen 9a, der Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft, San.-Rat Dr. August Hirschfeld, mit Lichtbildern und Demonstrationen.

Eine Verbrecherbande von 164 Köpfen verhaftet. Aus Palermo wird gemeldet, daß auf dem Lande eine Verbrecherbande von 164 Personen gefangen gesetzt und in 12 Automobilen nach Palermo gebracht wurde. Die Bande hat über hundert Verbrechen auf dem Gewissen, und zwar mehr als 30 Morde. Die übrigen Verbrechen bestehen aus Erpressungen, Diebstählen usw.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Sammelliste für das Volksbegehren Nr. 1211 ist in der 47. Abteilung verloren gegangen. Falls verfehlt wird, darauf zu sammeln, ist die Liste anzuhalten und an den Abteilungsaffilierten Genossen Karl Jacobi, Köpenicker Str. 176, vorn, sofort abzuliefern. S. K. Mer Pagels.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen den Achtstundentag der Bauarbeiter.

In Sowjetrußland.

Auf dem vor kurzem abgeschlossenen Kongreß der russischen Bauarbeiter hat der Volkskommissar für Arbeit, Schmidt, einen Vortrag gehalten, in dem er sich gegen den Achtstundentag für einen Teil der Bauarbeiter ausgesprochen hat. Dieser Vortrag hat einen so peinlichen Eindruck ausgeübt, daß sich der Volkskommissar Schmidt genötigt sah, einige Tage später ein Schreiben an den Kongreß zu richten, in dem er folgendes ausführte:

„Ich muß mit aller Entschiedenheit erklären und nochmals unterstreichen, daß der Achtstundentag eine unüberwindliche Erregung der Arbeiterklasse, darunter auch der Bauarbeiter, ist, und daß ich bei meinen Darlegungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen bei Saisonarbeiten und die eventuelle Verlängerung des Arbeitstages hauptsächlich kurzfristige Arbeiten im Auge hatte, bei denen vorzugsweise die häußerliche Arbeitskraft ausgenutzt werden wird und bei denen in Anbetracht der kurzen Dauer der Saison die Arbeiten einen längeren Arbeitstag erforderlich machen.“

Aber auch unter diesen Umständen muß der längere Arbeitstag vom Achtstundentag ausgehen und durch eine entsprechende Erhöhung des Lohnes kompensiert werden.“ („Trud“ vom 6. Februar.)

Demnach soll nach der Erklärung des Volkskommissars Schmidt der Achtstundentag für einen bedeutenden Teil der Bauarbeiter aufgehoben werden. Der letzte verworrene Satz der Erklärung soll bedeuten, daß der Lohn der Arbeiter, die mehr als 8 Stunden arbeiten, entsprechend erhöht wird, und zwar ausgehend vom Tariflohn (der in Rußland als Monatslohn festgesetzt wird) als von einem Lohn für einen Achtstundentag. Durch diesen schamhaften Versuch, das Attentat auf den Achtstundentag zu beschönigen, wird der gefährliche Charakter der Erklärung des Leiters der russischen Sozialpolitik noch schärfer unterstrichen.

Daß man in diesem Feldzug gegen den Achtstundentag der Bauarbeiter bereits zur Tat übergegangen ist, wurde schon in der Plenarsession der russischen Gewerkschaftlichen Landeszentrale bestätigt. Der „Trud“ vom 11. Februar berichtet über eine Rede Samins, des Vertreters des Zentralkomitees der Bauarbeiter, die in dieser Sitzung gehalten wurde, folgendes:

„Der Redner wies auf den Angriff der Wirtschaftsorgane auf den Arbeitstag hin. Dieser Angriff findet statt in der Baubauindustrie, insbesondere in Leningrad, wo in der Gemeindegewerkschaft der Befehl ausgegeben ist, einen zehnstündigen Arbeitstag für die Bauarbeiter festzusetzen, wobei, wie es im Befehl heißt, die Ueberstunden nicht in anderthalbfacher Höhe (wie es das Gesetz fordert, D. Red.), sondern nach dem gewöhnlichen Tarif bezahlt werden.“

Hier ist also schon der Vorwand der „Saisonarbeit“ fallengelassen worden; die Bauarbeiter werden einfach laut Befehl von

oben des Achtstundentages beraubt. Gegen diesen Raub des Achtstundentages sind die russischen Bauarbeiter fast mehrlos. Sie haben weder Press-, Vereins- noch Koalitionsfreiheit. Wenn sie sich mit gewerkschaftlichen Mitteln dagegen wehren, riskieren sie, wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“ auf administrativem Wege ins Gefängnis gesteckt oder nach Sibirien verschifft zu werden. Ganz wie einst unter Bäterchen Zar. Nur war es diesem nie eingefallen, seine Herrschaft als die Herrschaft der Arbeiter und Bauern auszugeben.

Der Verkehrsbund und die Arbeitslosigkeit.

Eine gut besuchte Versammlung der arbeitslosen Mitglieder des Verkehrsbundes tagte Montag mittag im Gewerkschaftshaus. Der Bezirksleiter Drthmann sprach zu dem Thema: „Die Stellung der Bezirksverwaltung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. An hand reichhaltigen Materials gab Drthmann ein anschauliches Bild von der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleisteten Tätigkeit. Er verwies auf die überaus ernstlichen Anstrengungen, die nicht nur von der Verwaltung selbst, sondern auch vom Ortsausschuß des VDBB. unternommen worden sind. Unausgesetzt wurde bei den Behörden auf die Beschaffung von Notstandsarbeiten wie auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung hingewirkt. Darüber hinaus hat die Verwaltung die in Arbeit stehenden Mitglieder ersucht, alles zu tun, damit die in den Betrieben vorkommende Ueberstundenarbeit beseitigt wird, um so der Reueinstellung arbeitsloser Kollegen die Wege zu ebnen. Die erzielten Erfolge befriedigen noch nicht. Deshalb will die Organisation auch in Zukunft alle Mittel ergreifen, um weitere Erleichterungen für die Lage der Arbeitslosen anzustreben. Von den Arbeitslosen wird erwartet, daß sie die geleistete Arbeit der Verbandsinstanzen zu würdigen wissen und durch ihr Verhalten mit dazu beitragen, durch größere Zielstrebigkeit weitere Erfolge auf diesem Gebiete zu erringen. Die Versammlung nahm einen durchaus günstigen Verlauf und die Aussprache erwies, daß die Mitglieder bereit sind, in Gemeinschaft mit ihren Organisationen für weitere Besserungen einzutreten.

Jahresversammlung der Straßen- und Kleinbahner.

Die Sektion der Straßenbahn-, Hochbahn-, Omnibus- und Industriebahnbediensteten des Deutschen Verkehrsbundes hatte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus ihre Mitgliederversammlung. Der Sektionsleiter Genosse Hiller ging nach einem Rückblick auf die Lohnbewegungen in den drei Verkehrsbetrieben auf die organisa-

torische Zersplitterung und das Organisationsverhältnis in den Betrieben überhaupt ein.

Ein großer Teil der Verkehrsbediensteten hat aus den Ausgängen ihrer Lohnbewegungen immer noch nicht die Lehre gezogen, sich in einer freigewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen, um dadurch zu einer angemessenen Entlohnung zu kommen. Dieses Nebeneinander von Organisationen, die sich einander den Rang ablaufen wollen, gereicht nicht zum Vorteil der Bediensteten, sondern der Direktionen. Er forderte die Versammelten auf, in diesem Jahre reger für die Organisation zu werben und überall den Verbänden der mehr oder minder gelben Organisationen entgegenzutreten, deren Tätigkeit hauptsächlich auf der Züchtung des Standesdünkels und überflüssiger Vereinstreue liege.

Nach einer ausgedehnten Diskussion wurden die Wahlen der Sektionsleitung vorgenommen. Gegen die Wiederwahl der besoldeten Mitglieder der Sektionsleitung Hiller, Kugel und Entschick erhob sich kein Widerspruch. Ebenso wurden die übrigen Vorschläge der unbesoldeten Mitglieder zur engeren und erweiterten Verwaltung, zur Sektionsleitung sowie der Delegierten zur Generalversammlung ohne Widerspruch angenommen.

Auß Schlaf- und Speisewagenbetrieben.

Die „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“ gibt den Klagen der Schlafwagenschaffner der Abteilung Berlin der Internationalen Schlaf- und Speisewagen-Gesellschaft Raum, die auch von den Angestellten der Abteilung Paris geteilt werden. Es handelt sich um die Praktiken des Oberkontrolleurs Köhling, der seine Stellung zur Schäftanierung der Angestellten mißbraucht. Weil der Mann bei der Kriegsmarine so viel grüßen mußte, verlangt er von den Angestellten militärische Haltung und militärischen Gruß. Er verbietet ihnen alles mögliche, um wegen Uebertretung seiner Gebote mit Strafe vorgehen zu können. Der kleine Pajcha soll selbst die Reisenden ziemlich rücksichtslos behandeln, so daß diese es vorziehen, die Wagen der Reichsbahn zu benutzen, wodurch die in der Hauptsache auf Trinkgelber angewiesenen Schaffner auch in ihrem Einkommen geschädigt werden. Da der Uebereifer des Herrn Oberkontrolleurs sich so in jeder Beziehung als schädlich erweist, sollte die Direktion der ISG. versuchen, diesen Uebereifer gehörig zu dämpfen, zumal der Herr Oberkontrolleur den Angestellten angeklügelt hat, noch schärfer gegen sie vorzugehen.

Ähnliche Beschwerden werden von dem Personal der „Mitropa“, Abteilung Köln, erhoben, wo die Herren Direktoren samt

eitlichen Wächtern von Kontrolleuren die Angestellten schikanieren. Ein Koch hatte sich vor der hohen Direktion wegen der Zusammenstellung eines Mittagessens zu verantworten, die den Herren nicht gefiel. Als er sich erkundigte, was daran auszusetzen sei, befahl man ihn: „Tomatensuppe mit Reis ist rot, Rüdels mit Schinken und Rauschfleisch, das Rauschfleisch ist auch rot, Kalbschnitzel mit Erbsen und Möhren, auch die Möhren sind rot, alles ist rot — eine solche Farbzusammenstellung gehört sich nicht.“ — Wenn die „Mitropa“ dazu gar noch Rotwein verkauft, dann ist die Wirkung auf einen vom Rotfieber befallenen Speisegast allerdings kaum auszubedenken.

Das ist natürlich nur ein Beispiel von vielen. Wenn das Geschäft jetzt nicht so flott ist wie sonst, dann ist dies kein Grund dafür, daß die weniger beschäftigten Direktoren und Kontrolleure das Personal schikanieren, dem auf diese Weise seine Tätigkeit verleidet wird.

17 Pfennig Stundenlohn ist viel zu viel.

Es ist bekannt, daß das deutsche Unternehmertum die gegenwärtige Krise benutzt, um zu einem einschneidenden Lohnabbau zu kommen. Der Deutsche Textilarbeiterverband teilt uns zu dem Vergehen des deutschen Unternehmertums einen ganz besonders krassen Fall mit: Für die Heimarbeiterinnen des Wirtschafstages Apolda-Erfurt (Häkel- und Handstrickwaren) hat der Fachauschuß einen Richtlohn von 17 bis 22 Pf. pro Stunde festgesetzt. Es handelt sich hier nur um den niedrigeren Richtlohn. In Wirklichkeit werden bei weitem niedrigere Löhne gezahlt. Trotzdem hat die Interessengemeinschaft der Erfurter Textilindustrie in Gemeinschaft mit den Textilunternehmern in Apolda bei dem genannten Fachauschuß den Antrag gestellt, die Löhne um 40 Prozent zu senken! Wird dieser Antrag angenommen, so werden sich die Löhne für die Heimarbeiterinnen des genannten Industriebezirks noch nicht auf 10 Pf. pro Stunde stellen. Eine fleißige Heimarbeiterin könnte demnach bei einer 30stündigen Wochenarbeit 5 M. verdienen.

Ein Kommentar für das Vorgehen der Textilunternehmer in Thüringen erübrigt sich. Bemerken wollen wir noch dazu, daß die thüringische Textilindustrie für das abgelaufene Geschäftsjahr mit Dividenden auswartet, die sich sehen lassen können.

Verantwortlich für Politik: Graf Krasser; Wirtschaft: Arno Salzenstein; Gewerkschaftsbewegung: A. Schuler; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Satire und Spott: Fritz Rastbach; Anzeigen: Ed. Bieder; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.



Geb. A.-G.
Swinemünder Straße 86
Das große Warenhaus des Nordens

In sämtlichen
Abteilungen des Hauses
Frühjahrs-

Serien-Verkauf
95 Pf.
1 95 2 95

Volksversorgungstagen in Lebensmitteln

Sensationell billige Preise!!!

Frisches Fleisch	
Hammelvorderfleisch	70 Pf.
Hammelflecken	85 Pf.
Hammelflecke	90 Pf.
Kalbsvorderfleisch	68 Pf.
Kalbsrücken u. Keule	85 Pf.
Schweinebauch	98 Pf.
Schweineschulterbl.	98 Pf.
Schweineschinken	98 Pf.
Schweinekoteletts	130 Pf.
Schweinelieser	90 Pf.

Fleisch- u. Wurstwaren	
Dellkatess-Sülze	48 Pf.
Blut- u. Leberwurst	55 Pf.
Brühwurst nach Breslauer Art	98 Pf.
Landleberwurst	98 Pf.
Berliner Mettwurst	98 Pf.
Pölnisch. Mettwurst	120 Pf.
Mettwurst n. Brschw. Art	140 Pf.
Jagdwurst	140 Pf.
Speck deutsche Ware	125 Pf.
Schinkenspeck	170 Pf.
Corned Beef n. Ansdahl	80 Pf.

Pa. Ochsenfleisch gefroren	42 Pf.	Pa. Ochsenfleisch gefroren	80 Pf.
Rouladen gefroren	90 Pf.	Kammelfleisch gefroren	68 Pf.
Kafler Pf.	1 25	Ohren u. Schnauzen gepökelt	60 Pf.
Spitzbeine gepökelt	29 Pf.	Schweinsköpfe frisch	54 Pf.

Fettwaren u. Käse	
Ausgel. Wurstschmalz	58 Pf.
Ausgel. Schweineschmalz	95 Pf.
Tafelmargarine	56 Pf.
Rindertalg	56 Pf.
Tilsiter Käse	98 u. 75 Pf.
Limburger	78 Pf.
Käse	42 Pf.
Stangen-Käse	48 Pf.
Harzer Käse 15 Stück	40 Pf.
Tafeibutter 1/2 Pf. - Stück	98 Pf.

Gelegenheitskauf	
Kohlrabi in Scheib. m. Grünem	45 Pf.
Karotten ganz klein	45 Pf.
Schoten mit Karotten	60 Pf.
Pflaumen mit Steinen	65 Pf.
Pflaumen ohne Steine	48 Pf.
Birnen 1/2 Früchte	65 Pf.
Schattenmorell.	65 Pf.
Saure Kirschen	125 Pf.

Räucherwaren	
Pa. Makrelbücklinge	28 Pf.
Pa. Kieler Sprotten	40 Pf.
Pomm. Speckflundern	45 Pf.
Seelachs	45 Pf.
Goldbars	45 Pf.
Seelachs in Scheiben	140 Pf.
Fettheringe 10 Stück	55 Pf.
1a Suppenhühner gefroren	2 75 u. 2 95

Rotkohl	45 Pf.
Blumenkohl	50 Pf.
Spinat	55 Pf.
Schnittbohnen	65 Pf.
Gem. Gemölse	78 Pf.
Wachsbrechboh. 75 Pf.	
Stangensparg. 150 Pf.	
Preiselbeeren	95 Pf.
Mirabellen	105 Pf.
Aprikosen calif.	160 Pf.
Ananas calif.	175 Pf.
Erdbeeren	195 Pf.

Kolonialwaren	
Weizenmehl	18 Pf.
Auszugmehl	23 Pf.
Bruchreis	18 Pf.
Tafelreis	28 Pf.
Gelbe Erbsen	18 Pf.
Weißer Bohnen	20 Pf.
Weizengrieß	20 Pf.
Röstkaffee	von 240 an

In der Konfitüren-Abteilung:
Riesenauswahl in Osternaden!

Radikaler Preisabbau

Unsere Sonderangebote in über 100 Sorten Damen-, Herren- und Kinder-Schuhen bieten der Groß-Berliner Bevölkerung Vorteile, die infolge der rücksichtslosen Herabsetzung **guter Ware** alle unsere bisherigen ohnehin schon billigen Angebote tief in den Schatten stellen. **Herren-Halbschuhe und Stiefel** in braun, schwarz und Lack! **Damen-Luxus- und Straßen-Spannen- und Schnürschuhe** in Lack, Wildleder, Boxcalf, Chevreaux, R'Chevreaux, moderne Formen und Modelle, moderne Farben. Kinderstiefel und Halbschuhe. Hausschuhe etc. etc.

Unsere 21 Schaufenster setzen Sie in Erstaunen!

Gross-Detail Schuh-Lokal Behrndt

Münzstraße 25
Schöneberg, Hauptstr. 160

Frankfurter Allee 54
Kottbuser Damm 13